

Empfehlungen zur
zukünftigen Afrikastrategie
des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)



Inhalt

Präambel	3
1. Soziale Sicherheit	4
2. Just Transition – Energiegerechtigkeit	5
3. Inklusiv feministische Entwicklungszusammenarbeit	6
4. Zivilgesellschaft und Menschenrechte	7
5. Governance/ Rechtsstaatlichkeit	8
6. Fragile Staatlichkeit	9
7. Frieden und Sicherheit	10
8. Migrationspolitik	11
9. Klima	12
10. Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Agrarökologie	13
11. Bildung – Ein Schlüssel für menschliche Entwicklung	14
13. Privatwirtschaftsförderung und Finanzierung	15
14. Handel	16
15. Urbanisierung	17
16. Digitalisierung	18

Impressum

Kontakt

Bischöfliches Hilfswerk Misereor e. V.
Mozartstraße 9
52064 Aachen

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Str.1
10115 Berlin

Verantwortlich

Helle Døssing (Brot für die Welt),
Maria Klatte, Peter Meiwald (Misereor)

Redaktion

Gesine Ames, Ilona Auer-Frege (Misereor),
Anja Esch, Imke Middleton-Tiemann,
Klaus Seitz (Brot für die Welt)

Foto:

Adobe Stock

Grafische Gestaltung

Grips medien GmbH&Co.KG, Aachen

Erscheinungsjahr: 2022

Präambel

Brot für die Welt und Misereor begrüßen die Ausarbeitung einer neuen BMZ-Afrikastrategie, die versucht, auf die dramatischen Herausforderungen, die u. a. durch die sich verschärfende Klimakrise und ihre direkten und indirekten Auswirkungen, die globale Pandemie und die massive russische Aggression gegen die Ukraine hervorgerufen wurden, solidarische und angemessene Antworten zu formulieren.

Der aktuelle Kontext der globalen Entwicklung ist verheerend: Die Armut steigt, rund 300 Mio. Menschen sind von akutem Hunger betroffen und bedroht (Tendenz weiter stark steigend), die genderspezifische Gewalt ist gestiegen, lokale Märkte sind zerstört, die Räume für zivilgesellschaftliches Engagement sind weiter eingeschränkt und die Fragilität der sozialen Sicherungssysteme inklusive Bildung und Gesundheit ist deutlich geworden. Dabei verstärken sich die einzelnen Krisen-Faktoren gegenseitig und verschärfen Konflikte und Komplexität.

Die vom BMZ gesetzten Prioritäten feministische Entwicklungspolitik, soziale Sicherungssysteme und Just Transition sind wichtig und richtig. Die Neuformulierung der bisherigen deutschen Afrikapolitik in engem Austausch zwischen Ministerium und Zivilgesellschaft mit diesem Fokus bietet wichtige Impulse für neue Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit, insbesondere zugunsten der Menschen, die von den aktuellen multiplen Krisen besonders betroffen sind. In Abstimmung mit unseren vielfältigen zivilgesellschaftlichen und konfessionellen Partnerorganisationen vor Ort beteiligen sich Brot für die Welt und Misereor gerne mit ihrem besonderen Augenmerk auf die Armgemachten dieser Welt an diesem Prozess.

Anknüpfend an die diversen Debatten der vergangenen Jahre zu einer kohärenten Afrikapolitik Deutschlands haben wir in diesem Papier eine Reihe von Querschnittsthemen und Aspekten definiert, die unserer Einschätzung nach in der weiteren Ausformulierung der Strategie unter den drei Prioritäten berücksichtigt werden sollten, um durch breitestmögliche Teilhabe und Transparenz die Chancen auf eine inklusive und wirkungsvolle Umsetzung der Strategie zu optimieren.

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftliche Freiräume sollten dabei als Leitlinien der afrikanisch-deutschen Beziehungen inklusive der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit priorisiert werden. Die Spielräume für die Zivilgesellschaft müssen verteidigt und erweitert und Rahmenbedingungen für eine aktive Beteiligung und Teilhabe der Zivilgesellschaft geschaffen werden. Durch eine menschenrechtsbasierte politische Strategie kann inklusive (lokale) Regierungsführung und Vertrauen zwischen staatlichen Institutionen und der Gesellschaft aufgebaut werden.

Im afrikanischen Kontext spielen Kirchen, muslimische Religionsgemeinschaften sowie African Traditional Religions (ATR) eine herausragende Rolle bei der Orientierung an Wertvorstellungen, ethischen Haltungen und der Motivierung zu entwicklungsrelevanten Transformationsprozessen. Gerade Glaubensgemeinschaften können einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zum Frieden leisten, da gelebte Religion für viele Menschen in Europa und Afrika ein zentraler Teil ihres Alltages und ihrer Perspektiven ist.

Leave no one behind soll ein tragendes Prinzip sein – die marginalisierten Gruppen und ihre Grund- und Sicherheitsbedürfnisse sollten im Vordergrund allen Entwicklungsengagements stehen. Dabei werden nicht nur humanitäre und moralische Imperative bedient; diese Gruppen haben häufig große bislang ungenutzte Potenziale und ihre Ressourcen können in die Lösungsfindung einfließen. Dies gilt nicht zuletzt für die Jugend und für Frauen.

Die Kohärenz aller politischen Ansätze, in Übereinstimmung mit den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Agenda 2030, muss das Grundprinzip zur Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland bzw. der EU und Afrika sein. Die Agenda 2030 setzt einen universalen Handlungsrahmen, der auch Veränderungen in Deutschland und Europa erfordert, um nachhaltige Entwicklung weltweit zu ermöglichen. Eine kohärente Friedens- und Sicherheitspolitik lässt sich nur ressortübergreifend gestalten.

Wo immer möglich, sollen lokale Ansätze im Vordergrund stehen, die an existierenden wirtschaftlichen Aktivitäten und Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung ansetzen, so z. B. beim dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien vor Ort. Ein Aufbau von Bildungs- und Gesundheitsstrukturen, die sowohl die Bedürfnisse der Bevölkerung als auch die Professionalisierung von Fachkräften vor Ort zum Ziel haben, bringen Resilienz und

Hoffnung. Auch Friedensprozesse müssen mit lokalen Akteuren und Konzepten geführt werden.

Dabei ist von großer Bedeutung, im partnerschaftlichen Dialog die Überwindung post-kolonialer Denk- und Verhaltensmuster im Blick zu behalten. Eine transparente Politikgestaltung sowie Projektplanung und -implementierung unter aktivem Einbezug der lokalen Zivilgesellschaft kann dafür einen wichtigen Beitrag leisten. ●



Foto: Schwarzbach/Misereor

Mathematikunterricht in der St. Joseph Primary School in Uganda



1. Soziale Sicherheit

Traditionelle Systeme der sozialen Sicherung, wie sie vor der Kolonialzeit überall in Afrika existierten, sind im Gefolge von Kolonialismus, Industrialisierung und Globalisierung vielerorts brüchig geworden. Gleichzeitig konnten längst nicht überall staatliche Sicherungssysteme oder Sozialversicherungen die entstehenden Risiken der Menschen abfedern. Die Schere zwischen Armen und Reichen innerhalb der einzelnen Gesellschaften ist seither vielerorts stark auseinander gegangen, eine institutionalisierte solidarische Absicherung der Überlebensrisiken fehlt vielerorts. Durch die Klimakrise sowie unlängst durch die Pandemie und ihre sozio-ökonomischen Folgen verschärft sich die Armut von Teilen der Bevölkerung weiter. Die Folgen sind – neben wieder zunehmender Ernährungsunsicherheit – auch in politischen Krisen, die aus der Unzufriedenheit gespeist werden, in vielen Ländern deutlich spürbar.

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit ist dies u. a. im zunehmenden Bedarf an elementarer Nothilfe spürbar. Zeitgleich erleben wir in manchen Partnerländern starke Bemühungen, eigenständige Lösungen für solche Notlagen zu finden, die auf sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen wie auch traditionellen Mechanismen aufbauen. So stehen „klassische“ Konzepte wie Sozialversicherungen und staatliche Sozialhilfeangebote neben Konzepten eines „Universal Basic Incomes“ (UBI) und „Community-based Housing Programs“. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

Den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen in öffentlicher Verantwortung gezielt zu unterstützen.

► Im Dialog mit den Partnerregierungen verstärkt den Aufbau von Fiskal-systemen zu fördern, die die nötigen Ressourcen für soziale Sicherung durch Umverteilung im Land selbst vorhandener Mittel und durch Abschöpfung von Geldabflüssen ins Ausland generieren können.

► Innovative Projekte sozialer Sicherung – wie z. B. von der Basic Income Coalition in Namibia in die politische Debatte gebracht – zu unterstützen.

► Das Recht auf würdevolles Wohnen ebenso wie die Rechte besonders marginalisierter Bevölkerungsgruppen auf Gehörtwerden und soziale Absicherung im Sinne einer feministischen Entwicklungspolitik besonders in den Blick zu nehmen.

2. Just Transition – Energiegerechtigkeit

Während etwa die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung keinen Zugang zu Strom hat, sind Energiebedarf, Treibhausgasemissionen und Rohstoffbedarf im Globalen Norden weiterhin viel zu hoch. Eine entsprechende sozial-ökologische Transformation in Deutschland ist daher notwendig, um eine Klimawende (Just Transition) in Afrika glaubwürdig zu unterstützen und Energiearmut zu überwinden.

Trotz steigendem Energiebedarf ist Afrikas Potenzial an Erneuerbaren Energien weitgehend ungenutzt, weil die notwendigen Investitionen durch hohe Kapitalkosten, Überschuldung, fehlende Infrastruktur, mangelnde politische Governance und Kohärenz (in Ländern vor Ort aber auch auf Geberseite) sowie fossile Machtstrukturen erschwert werden.

Gerade jetzt, da Energiepreise explodiert sind und zu weiterer Energiearmut und Hungersnöten führen, gibt es eine wachsende Zahl an Plänen, fossile Quellen (insbesondere fossiles Gas) auf dem Kontinent zu erschließen. Da weitere Investitionen in langfristig angelegte fossile Infrastruktur sowohl für die lokale Entwicklung als auch für das Klima enorm schädlich wären, ist es dringend geboten, Alternativen zu schaffen.

Darüber hinaus wird es wichtig sein, die Mittel für internationale Klimafinanzierung zu erhöhen und mehr Maßnahmen in den Bereichen Minderung, Anpassung und Bewältigung von Schäden und Verlusten zu ermöglichen. Die afrikanische Bevölkerung, vor allem marginalisierte und vulnerable Gruppen, sind durch zunehmende und stärkere, wetterbedingte Katastrophen, wie Überschwemmungen und Dürren, besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen, ohne bislang ausreichende Mittel aus der internationalen Klimafinanzierung zu erhalten. ●



Solarlampen und Turbinen sorgen im Kongo für Licht und Energie

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Den Fokus statt auf Einzelprojekte auf transformative Programme und die entsprechende politische Governance zu richten, sodass die Förderung dezentraler Energielösungen in politische Rahmenseetzungen (z. B. verlässliche Feed-In-Tariffs) integriert wird.

► Zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen gezielt zu unterstützen, um ihre Position in bilateralen Kooperationen, in Initiativen zu Privatinvestitionen und in globalen Initiativen wie der Sustainable Energy For All Initiative zu stärken und den dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien voranzutreiben.

► An existierenden wirtschaftlichen Aktivitäten und Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung anzusetzen, in Ausbildung lokaler Fachkräfte zu investieren und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen.

Mutter und Kind
in der Dürre ge-
plagten Sahelzone
im Niger

3. Inklusive feministische Entwicklungszusammenarbeit

Strukturelle Benachteiligungen beeinträchtigen weiterhin das Leben von Frauen und Mädchen in vielen Ländern Afrikas. vielerorts haben sie weder Zugang zu Bildung, Beruf und Einkommen noch können sie selbstbestimmt ihre Rechte wahrnehmen. Weiterhin sind häusliche Gewalt, Frühverheiratungen, Teenager-Schwangerschaften und eine hohe Müttersterblichkeit Indikatoren für systematische Diskriminierung und Benachteiligung von Mädchen und Frauen, die sich infolge der Pandemie noch verschlechtert haben. Zunehmend und systematischer als früher leiden Frauen unter sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt, insbesondere in Konfliktgebieten und fragilen Kontexten.

Diese Situation der fortgesetzten Ungleichheit muss überwunden werden, damit Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität ihre Potenziale nutzen und gleichberechtigt am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

- ▶ Sich systematisch für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben einzusetzen. Die SDGs, insbesondere SDG 1 und 5, sind dabei kontinuierliche Referenz für eine inklusive Politikgestaltung.

- ▶ Sich für eine umfassende Umsetzung der Menschenrechte für alle Menschen – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Hautfarbe oder anderen Merkmalen – einzusetzen und Schutzmechanismen für bedrohte Menschenrechtler:innen zu stärken, um die nötigen Freiräume für ein würdiges und selbstbestimmtes Leben aller Menschen zu sichern.

- ▶ Prozesse einer kultursensiblen kritischen Auseinandersetzung mit Rollen- und Geschlechtsbildern zu unterstützen und dabei auch den Austausch mit kirchlichen Akteuren zu suchen.

- ▶ Mädchen und Frauen in all ihrer Diversität gezielt zu stärken – etwa durch gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Berufsbildung, durch die Befähigung zur selbstbestimmten Wahrnehmung ihrer Rechte, durch bewusste und aktive Beteiligung an Konfliktlösungen, durch besonderen Schutz in gewaltvollen Konflikten und Kriegen oder durch medizinische und psychologische Angebote für Betroffene sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt.

4. Zivilgesellschaft und Menschenrechte

In vielen Ländern verschlechtern sich die Handlungsräume zivilgesellschaftlicher Organisationen. Für unsere afrikanischen Partner bedeutet das nicht nur Überwachung, öffentliche Diffamierung und eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten, sondern sehr häufig auch eine persönliche Gefahr. Insbesondere Menschenrechtsverteidiger:innen werden bedroht, verhaftet und ermordet. Die Attacken auf soziale Bewegungen und Aktivist:innen sind Teil einer weltweiten Krise der Demokratie, die sich u. a. auch in einer Zunahme an sogenannten Fake News, gezielter Miss- und Desinformation, aber auch kompletten Internet-Shutdowns äußert. Der schrumpfende Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft trifft nicht nur nicht-staatliche Organisationen, er schadet auch massiv der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in einem Land. Eine starke unabhängige Zivilgesellschaft ist Voraussetzung und Motor von sozialer und politischer Entwicklung. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Menschenrechte und gesellschaftliche Freiräume sowie die Stärkung regionaler und nationaler Menschenrechts-Institutionen als Grundlagen der afrikanisch-deutschen Beziehungen und der Entwicklungszusammenarbeit zu priorisieren und sich aktiv für Meinungs- und Pressefreiheit einzusetzen.

► Die deutschen Botschaften in den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und die Begleitung von Aufklärungen von Menschenrechtsverletzungen und Strafverfahren bei Verbrechen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen und andere zivilgesellschaftliche Akteure aktiv einzubinden.



Aktivist:innen aus Südafrika setzen sich für Klimagerechtigkeit ein

Foto: Misereor

5. Governance/ Rechtsstaatlichkeit

Unklare politische Rahmenbedingungen und mangelnde Rechtsicherheit für zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Transformationsakteure stellen in vielen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent ein virulentes Entwicklungshemmnis dar. Fehlende Gewaltenteilung in manchen Ländern, eine schwach ausgeprägte Pressefreiheit und mangelnde Möglichkeiten für von staatlichen Maßnahmen Betroffene, diese auf dem Rechtsweg überprüfen zu lassen, führen darüber hinaus vielerorts zu einem unausgewogenen Verhältnis zwischen Regierungen und Bürgerschaft und in der Folge zu Problemen im Nationbuilding und geringer Legitimität staatlicher Institutionen. Zudem führt ein staatliches Steuersystem, das nicht die notwendigen Finanzmittel zur Aufrechterhaltung der basalen staatlichen Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur, Polizei) generiert, zu einer verfestigten Abhängigkeit von externen Geldgeber:innen und bildet den Nährboden für systemische Korruption.

Dabei ist es zunächst nicht entscheidend, für welches politische System sich ein Land mit seiner Verfassung entscheidet, sondern dass es dieses dann in rechtsstaatlicher Weise und für seine Bürger:innen verlässlich umsetzt. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Im Rahmen des Partnerdialogs in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien verstärkt zu adressieren sowie die Bedeutung verlässlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft und Unternehmen zu betonen.

► Die Stärkung zentraler staatlicher Strukturen wie Steuerverwaltung, Rechtssystem und Polizei durch Know-How-Transfer und Austauschprogramme gezielt zu fördern.

► Im Austausch mit den Partnerregierungen und insbesondere im Rahmen des EU-AU-Dialogs auf die besondere Bedeutung der Einbindung der Zivilgesellschaft für eine resiliente und friedliche politische Entwicklung hinzuweisen.

► Die multilateralen Organisationen und Mechanismen, die wesentliche Beiträge zur Stärkung globaler guter Governance leisten können, verstärkt zu fördern (u. a. die internationale Gerichtsbarkeit und den UN-Menschenrechtsrat).



Anbau in der von Dürre geplagten Sahelzone im Niger

Foto: Schwarzbach/Misereor



Treffen vor der katholischen Sonntagsmesse mit Priestern im Niger

6. Fragile Staatlichkeit

Seit 2010 nimmt nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Anzahl der fragilen Staaten weltweit zu. Laut Fragile State Index 2021 des Fund for Peace befinden sich sechs der ersten zehn gelisteten Länder in Sub-Sahara Afrika. Bis 2015 wurde in den fragilen Staaten kein einziges Millennium Development Goal (MDG) erreicht. Ebenso wird der Erfolg für die Agenda 2030 stark davon abhängen, ob dauerhafte Verbesserungen in fragilen Staaten gelingen. Aufgrund der substantiellen Defizite bzw. dem beinahe kompletten Fehlen staatlicher (Fürsorge- und Regierungs-) Strukturen sowie enormer sozialer Spannungen und Konflikte ist die Fragilität der betroffenen Länder in allen Sektoren extrem ausgeprägt.

Teilweise repressive Maßnahmen im Schatten der Lockdowns während der Pandemie untergraben die geringe Legitimität staatlicher Strukturen in fragilen Kontexten weiter. Darüber hinaus sind besonders vulnerable Gruppen wie Frauen und Kinder in den vergangenen zwei Jahren von einem alarmierenden Anstieg sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffen. Fehlende Unterstützungsmechanismen und grassierende Straflosigkeit verschlechtern ihre Situation zusätzlich. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

- ▶ Flexibilität und Konfliktsensibilität in der Entwicklungszusammenarbeit mit fragilen Staaten unter Berücksichtigung der spezifischen Handlungsräume zivilgesellschaftlicher Organisationen zu implementieren.

- ▶ Die spezifischen Potenziale konfessioneller Strukturen zu nutzen und langfristige Stabilisierungsstrategien aufbauend auf sozialer Kohärenz gemeinsam mit lokalen Stakeholdern zu entwickeln.

- ▶ Die Risikoanalysen und Erkenntnisse der Frühwarnung verschiedener Bundesministerien untereinander und mit international tätigen Organisationen zu teilen und daraus kohärente Handlungsstrategien abzuleiten und umzusetzen.

Foto: Schwarzbach/Misereor

7. Frieden und Sicherheit

Eine kohärente, feministische Friedens- und Sicherheitspolitik lässt sich nur ressortübergreifend gestalten. Die bisherige Umsetzung der Regierungs-Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ wird diesem Anspruch bisher nur sehr unzureichend gerecht.

Politisches Handeln wie auch die BMZ-Afrikastrategie sollte das Prinzip der „menschlichen Sicherheit“ ins Zentrum stellen. Darunter fassen die Vereinten Nationen den Schutz des Einzelnen vor Kriegen, Krisen, Klimakatastrophen und Krankheiten und auch den Zugang zu Ressourcen und Lebensperspektiven, also etwa Ernährungssicherheit und -souveränität. Die Schaffung von Perspektiven für ein Leben in Würde, Sicherheit und Gerechtigkeit in Afrika erfordert ausreichende Investitionen in Maßnahmen, die Hunger, Armut, Krankheiten und ungesunde Umweltbedingungen überwinden helfen und Bildung unterstützen.

Außerdem braucht es eine menschenrechtsbasierte politische Strategie, die inklusive (lokale) Regierungsführung und Vertrauen zwischen staatlichen Institutionen und der Gesellschaft in den Vordergrund stellt. Gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und Geschlechter muss gerade im Hinblick auf Friedenssicherung sowie zivile Konfliktprävention und -bearbeitung kontinuierlich mitgedacht und eingefordert werden. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Auf der Basis einer ehrlichen Evaluation der Interventionen in Afghanistan und Mali Kohärenz in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung insbesondere angesichts regionaler Konflikte wie aktuell im Sahel herzustellen.

► Alle praktischen und politischen Maßnahmen am Konzept der „menschlichen Sicherheit“ unter Anwendung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ zu orientieren und dafür konkrete Instrumente für Krisenfrüherkennung und Prävention, zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung auszubauen und konsequent in der Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten anzuwenden.

► Erfahrungen und Stimmen religiöser Akteure und zivilgesellschaftlicher Gruppen, insbesondere junger Menschen und Frauen, aktiv einzubeziehen und deren eigene, teils traditionelle Friedens- und Sicherheitskonzepte in den jeweiligen afrikanischen Länderkontexten in den Mittelpunkt von Maßnahmenplanungen zu stellen.

Die Siedlung Mathare im Nordosten von Nairobi, Kenia



Foto: Hams/Misereor



Soldaten auf der Straße nach Kotido in Uganda bei der Verteilung von Lebensmitteln

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Entsprechend der Agenda 2063 der AU regionale Mobilität durch nomadische Lebensformen, saisonale Arbeitsmigration oder Klimawandelanpassung wahrzunehmen und bei Bedarf gezielt zu unterstützen.

► Die Unterstützung für Geflüchtete in Afrika, die sich insbesondere im eigenen Land (IDPs) sowie in den Nachbarländern aufhalten, stark auszubauen und zugleich die Aufnahme von Schutzbedürftigen auf sicheren Routen in Europa zu garantieren.

► Die Konditionalisierung der Handels- oder Entwicklungspolitik als Druckmittel, um Kooperation afrikanischer Staaten bei Rückübernahme oder Eindämmung von Migrations- oder Fluchtbewegung zu erzwingen, zu beenden.

► Stattdessen faire Migrationspartnerschaften aufzubauen, die

- entwicklungspolitische Potenziale von Migration anerkennen und konkrete Schritte zur Erleichterung regulärer Migration (inklusive temporärer Migration, vor allem auch für die Jugend) nach Europa verfolgen;

- entwicklungspolitische Risiken und Chancen eines Brain Drains ernst nehmen, der durch gezielte Fachkräftenwerbung in bestimmten Sparten (z. B. im Gesundheitsbereich) entstehen kann.

Foto: Schaezbach/Misereor

8. Migrationspolitik

Ein Großteil der Migrant:innen in Afrika bewegt sich innerhalb des Kontinentes, der überwiegende Teil der Flüchtenden in Afrika sind Binnenvertriebene im eigenen Land. Migration ist dabei kein „Sicherheitsrisiko“, sondern Überlebensnotwendigkeit und gelebte Normalität. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Integration des Kontinents leisten. Daher ist es unverständlich und entwicklungspolitisch kontraproduktiv, dass die EU-Mitgliedsländer großen Druck ausüben, um afrikanische Staaten zu Kooperation bei einer repressiven Asyl- und Migrationspolitik zu drängen. Das Post-Cotonou-Abkommen, welches kooperationsunwilligen Staaten mit dem Entzug von Handelspräferenzen, Entwicklungsgeldern oder Visaquoten droht, ist hierfür ein negatives Beispiel. Zudem führt die Externalisierung einer repressiven Migrationspolitik zu schweren Menschenrechtsverletzungen, menschlichem Leid und der Stärkung autoritärer Regime in Afrika. ●



Trockenzeit im Niger in der Sahelzone

9. Klima

Obwohl die CO₂-Emissionen des gesamten afrikanischen Kontinents noch unter denen Deutschlands liegen und Afrika somit wenig zum Treibhauseffekt beiträgt, gehört der Kontinent zu den besonders anfälligen Regionen in der Welt in Bezug auf die Klimakrise. Zum einen sind afrikanische Staaten wegen ihrer geographischen Lage besonders verwundbar, zum anderen die Menschen aufgrund ihrer Armut. So führen Wetterextreme in Staaten mit niedrigem Einkommen zu mehr Opfern, den verhältnismäßig größten wirtschaftlichen Schäden und zu einer großen Zahl Vertriebener. Gerade die ärmsten Bevölkerungsgruppen in Afrika verfügen oftmals nicht über ausreichende Kapazitäten, um sich an die veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen und erleiden klimabedingte Schäden und Verluste. Besonders die Landwirtschaft – und dadurch die Ernährungssituation – ist stärker als auf anderen Kontinenten vom Klimawandel, zunehmenden Wetterextremen und den steigenden Temperaturen betroffen. Trotz der enormen Herausforderungen fließen derzeit weniger als 20% der gesamten deutschen Klimafinanzierung in Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern. Um die Ursachen für klimabedingte Schäden und Verluste und erzwungene Migration und Flucht zu mindern, bedarf es einer ambitionierten Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, insbesondere unverzüglicher und radikaler Emissionsminderungen. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Eine kohärente und ressortübergreifende, am 1,5°-Ziel ausgerichtete Strategie für eine deutsche Klima- und Klimaaußenpolitik zur globalen Umsetzung des Pariser Klimaabkommens sowie der Agenda 2030 zu entwickeln und mit ausreichenden Ressourcen auszustatten.

► Freiwillige Initiativen zu Klimarisikoversicherungen (InsuResilience), die einen deutlichen Afrikaschwerpunkt haben, zu stärken, in soziale Sicherungssysteme zu integrieren sowie armutsorientiert auszugestalten.

► Nationalen und lokalen zivilgesellschaftlich geführten Anpassungsprojekten einen direkten Zugang zu deutscher Klima-Anpassungsfinanzierung einzurichten, z. B. über die deutschen Botschaften.

► Anpassungsmaßnahmen systemisch so zu gestalten, dass die lokale Zivilgesellschaft bereits bei der Entwicklung mit einbezogen wird.

Foto: Schwarzbach/Misereor

10. Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Agrarökologie

Die Corona-Pandemie hat erneut die Schwächen der konventionellen Landwirtschafts-, Fischerei- und Ernährungssysteme in Afrika aufgezeigt. Die Bevölkerung in Regionen und Ländern mit hoher Importabhängigkeit vom Weltmarkt war und ist stärker von Hunger in Folge von Teuerungen betroffen als andere. Demgegenüber waren Produzent:innen, die agrarökologisch produzieren oder fischen und die vor allem heimische oder regionale Märkte beliefern, weniger von den negativen Folgen der Pandemie betroffen. Hier gab es vor allem positive Beispiele in Gemeinden mit hohem Aufkommen an African Instituted Churches. Diese Produzent:innen werden bislang weitgehend von den Entwicklungs- und Krisenreaktionsmaßnahmen vieler Staaten (Agrarforschung, Beratung, Finanzdienstleistungen etc.) ausgeschlossen, da sich deren Förderpolitik nach wie vor auf die konventionelle Landwirtschaft nach dem Modell der Grünen Revolution und auf die Exportorientierung für den Weltmarkt konzentriert. Auch die Verwerfungen auf dem Weltmarkt in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zeigen die Krisenanfälligkeit vieler afrikanischer Staaten als Konsequenz der Importabhängigkeit von Grundnahrungs- und Düngemitteln. Russland nutzt die Weizenexporte nach Afrika als geopolitisches Druckmittel, um seine Interessen durchzusetzen.

Verschärft wird die Ernährungslage auf dem afrikanischen Kontinent durch die gravierenden Folgen des Klimawandels, durch kriegerische Auseinandersetzung wie in Äthiopien und durch eine sich stetig verschlechternde Sicherheitslage in Folge von Anschlägen terroristischer Gruppen in einem Großteil der Sahelländer. In vielen Teilen West- und Ostafrikas nehmen die Konflikte um die Nutzung natürlicher Ressourcen zu, zumeist als Folge einer fehlenden oder verfehlten Landnutzungspolitik der nationalen Regierungen oder aufgrund der Vertreibung lokaler Produzent:innen (Kleinbauern, Fischer, Pastoralisten) als Konsequenz der Vergabe von Land oder Wasserrechten an Investoren. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

▶ Agrarökologie, Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung zu Kerninhalten der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten und einem wesentlichen Bestandteil von Regierungsverhandlungen auf höchster Ebene zu machen.

▶ Agrarökologische Ansätze insbesondere im Bereich der Agrarforschung, der Agrarberatung sowie in der Agrarfinanzierung gezielt zu fördern, während Ansätze der „Grünen Revolution“ nicht mehr gefördert werden sollten.

▶ Agrarförderprogramme konsequent auf lokale und regionale Märkte und die Stärkung der Ernährungssouveränität auszurichten.

▶ Die ökologischen Wissenszentren in Afrika unter Beteiligung der lokal bestehenden Initiativen auch auf andere Länder auszuweiten und ihre Finanzierung zu verdreifachen.

▶ Einen verstärkten Süd-Süd-Süd-Nord (Afrika-Asien-Südamerika-Europa)-Austausch zu Agrarökologie aufzubauen, wie er bereits ansatzweise zwischen Afrika und Indien besteht.



Foto: Schwarbach/Misereor

Saatgut aus Uganda für nachhaltige Landwirtschaft

11. Bildung – Ein Schlüssel für menschliche Entwicklung

Mit dem globalen Nachhaltigkeitsziel 4 verpflichten sich die Mitgliedsländer der VN für alle Menschen bis 2030 „inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sicherzustellen sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen zu fördern“. Global geht jedoch jedes fünfte Kind zwischen 6 und 17 nicht zur Schule, in vielen afrikanischen Ländern liegt die Zahl darüber. Darüber hinaus wird die demographische Entwicklung zu dramatischen Verschärfungen in Bezug auf Zugang zu und Qualität von Bildung führen, wenn dem nichts entgegengesetzt wird.

Schulschließungen in Afrika aufgrund der COVID-19 Pandemie haben die Zukunftsperspektiven von Millionen von Kindern verschlechtert. Neben der oftmals mangelhaften Versorgung mit Nahrungsmitteln fehlte es im Besonderen an technischer Ausstattung für den Fernunterricht und es gab keinen Internetzugang. So musste der Unterricht oft komplett ausfallen. Viele Kinder sind bis heute nicht in ihre Schulen zurückgekehrt. Die potenziellen Verluste, die für die junge Generation bei der Entwicklung ihres Lebensweges entstanden ist, ist immer noch kaum zu beziffern. ●



Mathematikunterricht an der Tafel in der St. Joseph Primary School in Uganda

Foto: Schwarzbach/Misereor

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Der Verwirklichung des globalen Bildungsziels (SDG 4) unter Berücksichtigung landesspezifischer oder lokaler Lösungsansätze verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen - bilateral oder im Rahmen multilateraler Mechanismen.

► Neben der Finanzierung von Infrastruktur und Lehrkräften ist ein weiteres Augenmerk auf die Qualität von (Grund-) Bildung sowie Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung zu legen.

► Für die Generation junger Menschen, welche durch die Covid-19 Pandemie aus dem Bildungssystem ausgeschlossen wurde, Wege und Instrumente zu schaffen, um Bildungslücken schulisch oder außerschulisch zu schließen.

► Bei der Förderung beruflicher Bildung die besonderen Bedingungen in Bezug auf die Perspektiven im informellen Sektor und weniger die Expansions-Interessen deutscher Unternehmen in der Hoffnung auf einen vermeintlichen Trickle-Down-Effekt zu berücksichtigen.

► Das Bewusstsein, dass Schule und Bildung in vielen Ländern Afrikas in fragilen Gewalt- und Konflikt-Kontexten stattfinden, zu schärfen und das Feld der Friedenspädagogik sowie 'do-no-harm'-Ansätze daher immer mitzudenken.

► In Ländern wo kirchliche Strukturen eine wichtige Rolle im Bildungssektor spielen, wie zum Beispiel in der demokratischen Republik Kongo, Kamerun und Ruanda, eine gezielte Einbindung ihrer Kompetenzen und Ressourcen und eine konstruktive Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung anstreben.



Eine Krankenschwester impft eine Frau in einem ländlichen Gebiet in Äthiopien im Jahr 2021

12. Gesundheit

Die Covid19-Pandemie hat gezeigt, welche Bedeutung gesunde Lebensbedingungen und funktionierende Gesundheitssysteme für den afrikanischen Kontinent haben. Eine gute Gesundheitsversorgung ist Voraussetzung dafür, dass Krankheiten wirksam vorgebeugt und bekämpft sowie künftige Pandemien und deren drastische sozioökonomischen Folgen verhindert werden können. Die Pandemie hat zudem grundlegende Fehler im derzeitigen globalen Arzneimittelsystem deutlich gemacht, da sie eine Neuausrichtung hin zu mehr Unabhängigkeit Afrikas vom globalen Medikamentenmarkt erfordert.

Prekäre Lebensbedingungen fördern die Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie zum Beispiel HIV/ Aids oder auch Covid19 zusätzlich und verstärken die Auswirkungen auf die einzelnen Menschen, Gemeinden und Gesellschaften. In vielen Ländern Afrikas sind staatliche Gesundheitssysteme nicht in der Lage, eine adäquate Gesundheitsversorgung für Menschen, die in Armut und Benachteiligung leben, sicher zu stellen. Private Gesundheitsanbieter, hier vor allem kirchliche, versuchen, diese Lücke zu schließen. Durch das verstärkte Aufkommen von chronischen Leiden wie Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes mellitus und Krebs sind aber auch diese Gesundheitssysteme vor zusätzliche Herausforderungen gestellt. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Entstehung und Verbreitung von Erregern mit Pandemiepotenzial und dieser wird durch das Ungleichgewicht zwischen Mensch, Tier und Umwelt verstärkt. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Afrikanische Länder verlässlich bei der Eindämmung der Corona-Pandemie zu unterstützen, durch insbesondere den umfassenden Zugang zu Diagnostika, Medikamenten und Impfstoffen gegen Covid19 und die Unterstützung entsprechender lokaler Behandlungsprogramme.

► Den gerechten Zugang zu Diagnostika, Impfstoffen und Medikamenten für alle Erkrankungen in Afrika im multilateralen Kontext abzusichern und finanziell ausreichend auszustatten.

► Den Aus- und Aufbau von pharmazeutischen Produktionskapazitäten und Marktzugängen sowie einen Technologietransfer insbesondere der mRNA Technologie nach Afrika, z. B. zum WHO mRNA Technology and Transfer Hub in Südafrika, zu fördern.

► Lokale Gesundheitsstrukturen zu priorisieren, um eine menschenzentrierte, basisnahe Gesundheitsversorgung und -versorgung im Sinne von Primary Health Care zu erreichen und dabei die Erfahrungen der kirchlichen Gesundheitssysteme zu integrieren.

► One Health ganzheitlich, inklusiv und sektorübergreifend in der multi- und bilateralen Zusammenarbeit mit Afrika zu verankern, um Krankheiten wirksam vorzubeugen, die beispielsweise durch intensive Landnutzung und die Verdrängung von Menschen und Tieren aus ihren natürlichen Lebensräumen verursacht werden.

Foto: Soteras/Misereor

13. Privatwirtschaftsförderung und Finanzierung

Die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen afrikanischen Staaten und Deutschland zielen auf die Öffnung neuer Märkte für nachhaltige Investitionen auf dem Kontinent und den Ausbau der afrikanischen Produktionskapazitäten, unter anderem durch Kooperationen von lokal und global operierenden Unternehmen sowie durch die Hebelung ausländischer Privatinvestitionen. So wichtig es ist, Wirtschaft und Beschäftigung in Afrika voranzubringen, so wichtig ist es auch, dies in einer Weise zu gestalten, die nicht primär deutschen und europäischen Wirtschaftsinteressen dient, sondern lokales Wirtschaften fördert, lokale Beschäftigung stärkt und damit u. a. auch den Jugendlichen eine nachhaltige Perspektive ermöglicht. Eine rasche Marktliberalisierung setzt nicht notwendigerweise nur positive Impulse, sondern kann auch zu massiven sozialen Verwerfungen, mehr Armut und sozialer Ungleichheit auf dem Kontinent führen. Notwendig ist daher eine strikte Ausrichtung der Unterstützung privater Investitionen deutscher Unternehmen an den Zielen nachhaltiger Entwicklung, die Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Fokus auf eine lokale und regionale Beschäftigungswirkung und Wertschöpfung. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Die Förderung von privaten Direktinvestitionen konsequent an den Nachweis einer relevanten entwicklungs-politischen Wirkung und die Einhaltung internationaler Abkommen zu Menschenrechten, Sozialstandards und Umweltschutz und deren verlässliche Überwachung zu binden.

► Sich für ein verbindliches und ambitioniertes europäisches Lieferkettengesetz einzusetzen.

► Mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit gezielt den Aufbau von notwendigen öffentlichen Rahmenbedingungen – insbesondere in den Bereichen Berufsbildung, gute Regierungsführung, öffentliches Kredit- und Bankwesen, Gesundheitsvorsorge und soziale Sicherheit – zu fördern, damit private Investitionen nachhaltig wirken können.

► Wirtschaftsförderung in afrikanischen Staaten primär am Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten und den Bedürfnissen von einheimischen Kleinstunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen auszurichten.



Ein Arbeiter in einem Gewächshaus in Uganda

Foto: Schwarzbach/Misereor



Eine Frau in einem Fischerdorf in Uganda am Viktoriasee

14. Handel

Handelspolitisch ist zwischen Afrika und Europa nach den größtenteils gescheiterten Verhandlungen bzw. Anwendungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements EPAs) ein Flickenteppich von unterschiedlichen Handelsbeziehungen entstanden. Einzelne afrikanische Länder mussten mit der EU Abkommen schließen, um nicht den zollfreien Marktzugang zu verlieren und müssen nun ihre Märkte für EU-Waren öffnen. Die aktuelle Praxis, unterschiedliche Außenzölle für EU-Importe anwenden zu müssen, zerstört nicht nur die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, sondern minimiert auch die langfristige Chance auf einen afrikanischen Binnenmarkt, wie mit der Afrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) geplant. Auch wenn die Vollendung ein langfristiges Projekt sein wird, könnte damit ein zukunftsfähiger Rahmen für die Handelsbeziehungen unter allen afrikanischen Ländern gesteckt werden, wenn die angestrebte Liberalisierung von über 90% des Warenaustausches von Wirkungsanalysen begleitet wird, die wirtschaftliche, menschenrechtliche und Umweltwirkungen, besonders für Kleinproduzent:innen und vulnerable Bevölkerung beschreiben und entsprechende Schutzmaßnahmen und Regelungen umfassen. Auch ein Fonds zum Ausgleich wirtschaftlicher Unterschiede innerhalb des Kontinents muss geschaffen werden, um nicht die schwächeren Ökonomien Afrikas bei Vertiefung des Binnenmarktes abzuhängen.

Wie viele andere europäische Länder hat auch Deutschland mit einigen der afrikanischen Länder immer noch bilaterale Investitionsschutzabkommen, die deutschen und ausländischen Investoren Sonderrechte zubilligen. Sie enthalten Streitschlichtungsmechanismen, die einseitige Klagemöglichkeiten zugunsten europäischer Großkonzerne vor intransparenten, privatrechtlichen Streitgerichten vorsehen. Soziale, menschenrechtliche und umweltpolitische Belange spielen dabei keine Rolle. ●

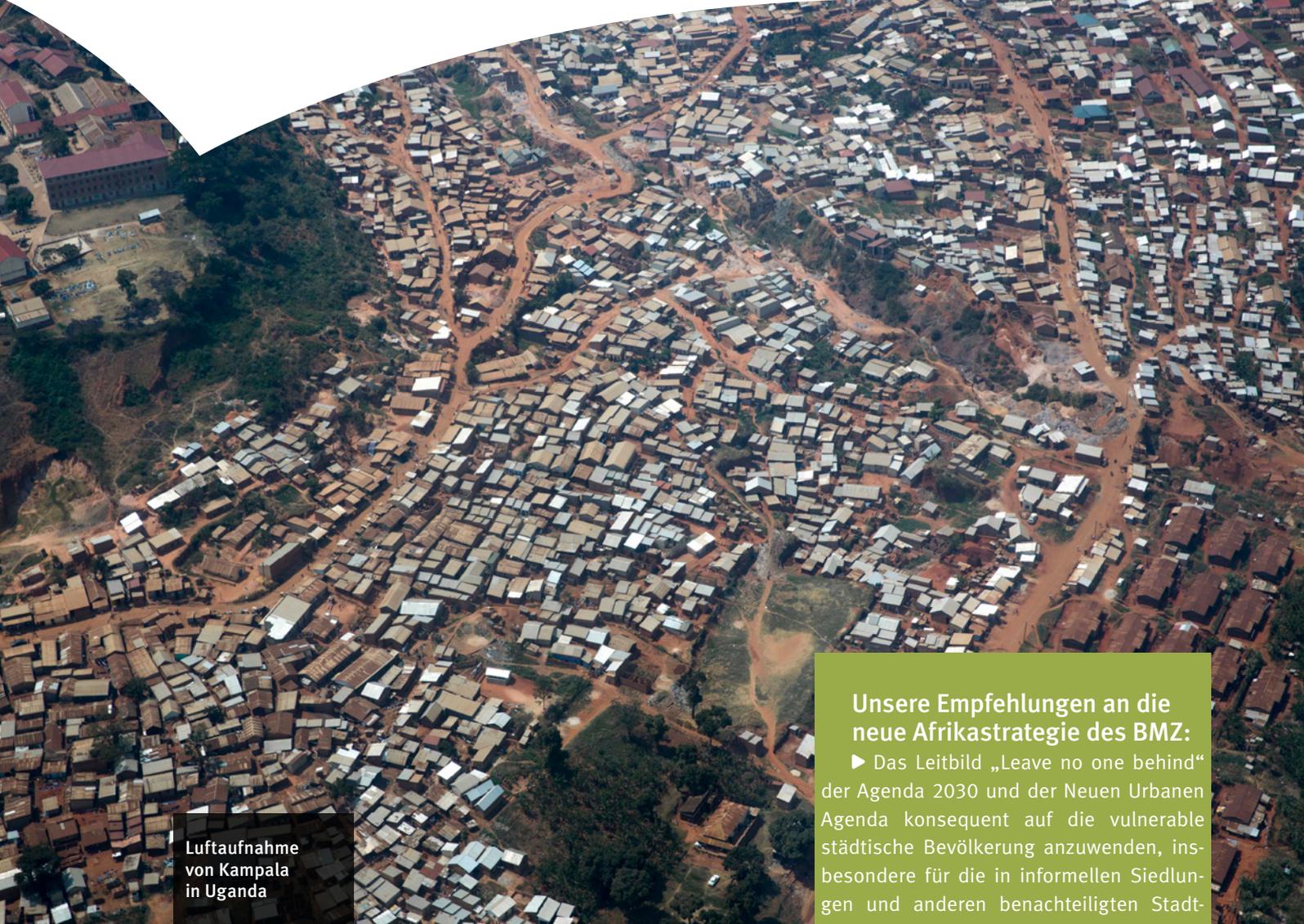
Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Die Umsetzung einer kontinentalen Freihandelszone innerhalb Afrikas, mit der Option, zollfreien Zugang für alle Mitglieder für ihre Exportprodukte im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems unter den Präferenzbedingungen „Alles außer Waffen“ für Niedrigeinkommensländer anzubieten, und die AU bei der Beantragung von auf mindestens 10 Jahre befristete Ausnahmegenehmigungen (Waiver), um noch nicht konkurrenzfähige Wirtschaftssektoren vor Einfuhren aus anderen afrikanischen Ländern schützen zu können, bei der WTO zu unterstützen.

► Alle bilateralen Investitionsschutzabkommen Deutschlands mit afrikanischen Staaten zu kündigen und stattdessen die Regierungen unterstützen, Investitions- und Marktzugangsregeln für ausländische Unternehmen zu formulieren, die sie zur Befolgung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten sowie sozialen und ökologischen Zielen und Mindeststandards verpflichten.

► Eine Reform des multilateralen Handelssystems voranzubringen, die den afrikanischen Staaten ermöglicht, gegenüber Industrie- und Schwellenländern ihre Agrar- und Industrieproduktion und die Dienstleistungsmärkte besser zu schützen, sowie eigene Digitaldienstleistungen anzubieten.

Foto: Schwarzbach/Misereor



Luftaufnahme
von Kampala
in Uganda

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Das Leitbild „Leave no one behind“ der Agenda 2030 und der Neuen Urbanen Agenda konsequent auf die vulnerable städtische Bevölkerung anzuwenden, insbesondere für die in informellen Siedlungen und anderen benachteiligten Stadtgebieten Lebenden.

► Gute städtische Governance durch Stärkung von Land- und Wohnrechten informeller Siedler:innen, Regulierung der Boden- und Grundstücksmärkte und verbesserter sozialer und politischer Teilhabe zu fördern.

► Potenziale von Städten für eine umwelt- und klimagerechte Entwicklung und soziale und ökonomische Verflechtungen und Ressourcenflüsse zwischen Stadt und Land kontextbezogen zu identifizieren und im Sinne einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung zu fördern.

► Die Entwicklung von Infrastrukturen zukunftsfähiger Mobilität und Wasser- und -entsorgung gezielt auf die Agenda bilateraler Dialoge zu setzen und entsprechenden Know-How-Transfer zu organisieren.

► Regionale Netzwerke und Kooperationsformen (in Metropolregionen, inter-kommunal usw.) für eine ressourcen- und flächenschonendere Urbanisierung in den Blick zu nehmen.

Foto: Schwarzbach/Misereor

15. Urbanisierung

Urbanisierung zählt zu den globalen Megatrends. Die Zahl der Menschen, die in Städten leben, steigt kontinuierlich an und wird 2050 bei über 60% liegen. 90% des Wachstums der urbanen Bevölkerung bis 2050 werden in Afrika und Asien erwartet. Die Agenda 2030 und die Neue Urbane Agenda (Habitat III) betonen daher zu Recht die Bedeutung von Städten für eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige (globale) Entwicklung. Gemessen an diesem Anspruch und dem einer menschenrechtbasierten Entwicklung verläuft die Urbanisierung in Afrika besorgniserregend. Zu den zentralen Herausforderungen zählen prekäre Wohn- und Infrastrukturverhältnisse, insbesondere von Menschen, die in informellen Siedlungen und in vernachlässigten innenstädtischen Wohngebäuden leben. Ihre Wohn- und Eigentumsverhältnisse sind oftmals unsicher, die Bewohnenden sind Gesundheits- und Umwelt Risiken stärker ausgesetzt. Städtische Politik und Planung orientieren sich in der Regel an den Interessen privilegierter Bevölkerungsgruppen und privater Investor:innen, Zwangsräumungen zu Lasten der ärmsten Bevölkerung sind oft die Folge. Verbindungen zwischen Stadt und (Um-) Land werden zu wenig berücksichtigt, etwa in Form eines ausgeglichenen und ressourcenschonenden Bodenmanagements. ●

16. Digitalisierung

Digitalisierung gilt aktuell als einer der wichtigsten Treiber für die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung des afrikanischen Kontinents. Vor allem auf lokaler Ebene gibt es zahlreiche innovative Projekte, um die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort zu verbessern. Lokale Lösungen für lokale Probleme sollen Menschen erreichen, die bis dato oft außerhalb des Radius von Bildungs- oder Gesundheitsangeboten leben. So wird ein demokratischerer Zugang zu Bildung und Dienstleistungen (z. B. Finanztransaktionen oder im Bereich Gesundheit) möglich. Gerade die Jugend ist im Kontext von Digitalisierung ein treibender Akteur und sollte in die zukünftige Ausgestaltung des Themas einbezogen werden.

Digitale Lösungen können die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern, bergen aber auch Risiken. Es ist nicht sicher, ob die innovativen Ansätze genügen, um langfristig auch in der Fläche die breiten Bevölkerungsschichten zu erreichen, ihnen mehr Teilhabe zu ermöglichen und ihre Lebensgrundlage zu verbessern. Aktuell kommen die Vorteile des digitalen Wandels vor allem den Wohlhabenden und gut Ausgebildeten zugute.

Die Gestaltung einer fairen, nachhaltigen und gerechten Digitalisierung(-spolitik) muss zweierlei leisten: Einerseits muss sie die Potenziale der Digitalisierung zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen stärken und andererseits muss sie bestehende Missstände und Risiken minimieren. Die Herausforderung wird sein, gemeinsam lernend zu sein und den Austausch über Erfahrungen in den Vordergrund zu stellen. ●

Unsere Empfehlungen an die neue Afrikastrategie des BMZ:

► Im Austausch mit afrikanischen Partnern eine gerechte digitale Teilhabe aller zu verfolgen und dabei auf die Inklusion besonders marginalisierter Gruppen und den sorgsam Umgang mit Datensicherheit zu achten.

► Afrikanische Länder in der Überwindung der digitalen Kluft mittels ausreichender finanzieller Ressourcen und – wo notwendig – mit Wissens- und Technologietransfer zu unterstützen.

► Afrikanische kleine und mittelständische Unternehmen zu unterstützen, welche sich für Digitalisierung in ihren Ländern einsetzen - einschließlich nicht-kommerzieller Ansätze aus der Zivilgesellschaft, um Digitalisierung für mehr Transparenz staatlichen Handelns sowie nachhaltige und armutsmindernde Ansätze nutzen zu können.

► Afrikanische Länder bei der Entwicklung von Rahmenbedingungen zur Kontrolle und Regulierung digitaler Monopole, bei der Stärkung nationaler und regionaler Plattformen sowie der Förderung einer neuen digitalen Bildungspolitik zu unterstützen.



Fotoprojekt mit Jugendlichen in Kampala, Uganda

Foto: Schwarzbach/Misereor

Brot
für die Welt

misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT